

Herrn  
Landeshauptmann  
Mag. Markus Wallner  
Landhaus  
6900 Bregenz

6850 Dornbirn  
Rathausplatz 4/5  
T: 05572-25072-0  
F: 05572-25072-20  
M: vorarlberg@younion.at

www.younion-vbg.at  
www.younion.at

Dornbirn, 17.03.2017

### **Offener Brief zu TiSA (Trade in Services Agreement)**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Die younion Vorarlberg ist als gewerkschaftliche Vertretung der Bediensteten in Vorarlbergs Gemeinden, Gemeindeverbänden und -kooperationen und damit auch von Konsument/innen und Bürger/innen sehr besorgt über die laufenden Verhandlungen zum Trade in Services Agreement (TiSA).

Ähnlich oder noch schlimmer als bei TTIP wird im Verborgenen über entscheidende und gefährliche Weichenstellungen für die Zukunft der Gemeinden und der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung insgesamt verhandelt.

Für die Vorarlberger/innen ist ein hohes Niveau an öffentlichen Dienstleistungen selbstverständlich. Und das ist gut so. Sei es, dass aus unseren Wasserhähnen Trinkwasser in hoher Qualität sprudelt, sei es, dass bei nächtlichem Schneefall die Straßen am frühen Morgen schon wieder sicher befahrbar sind, seien es der öffentliche Verkehr oder unsere Betreuungs-, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Vom Kreißaal bis zur Friedhofsverwaltung ist jede/r Vorarlberger/in sein/ihr ganzes Leben lang Nutznießer/in der hohen Qualität des Service public in unserem Land. Dahinter steht nicht zu Letzt die Leistung von Tausenden öffentlich Bediensteten, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr. Entscheidend für diese Qualität ist auch, dass sich das demokratisch legitimierte und kontrollierte Management ausschließlich am Gemeinwohl und nicht an privaten Profitinteressen orientiert.

Die TiSA-Verhandlungen zielen darauf ab, dass sämtliche Dienstleistungsbereiche liberalisiert werden: Wasser- und Energieversorgung, Abwasserentsorgung, Gesundheit, Pflege, Bildung, öffentlicher Verkehr, Abfallwirtschaft, Sozialversicherung etc. Die bisherigen internationalen Erfahrungen mit der Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen zeigen, dass damit die Qualität für die Konsument/innen sinkt, die Preise steigen, die demokratische Kontrolle ausgeschaltet wird und sich die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern. Die Auswirkungen waren oft so katastrophal, dass diese Dienstleistungen wieder von der öffentlichen Hand übernommen und mühsam wieder aufgebaut werden mussten, während sich die „Investoren“ mit satten Gewinnen aus dem Staub machten. Mit TiSA wäre nicht einmal mehr eine solche Rekommunalisierung bzw. Wiederverstaatlichung möglich. Für die betroffenen Arbeitnehmer/innen bedeutete die Liberalisierung von Dienstleistungen stets eine Verschlechterung ihrer Arbeits- und Entlohnungsbedingungen.



TiSA wäre eine Gefahr für unsere hohen Standards für Umwelt, Arbeitnehmer/innen und Konsument/innen sowie vor allem für unsere Demokratie und unser bewährtes System kommunaler Selbstverwaltung, da es den Handlungsspielraum der Gemeinden massiv zu Gunsten der Profitinteressen privater Unternehmen und internationaler Konzerne einschränken würde. Es ist also im fundamentalen öffentlichen Interesse, dass sämtliche öffentlichen Dienstleistungen in den Händen der öffentlichen Hand verbleiben und TiSA verhindert wird.

16.000 Vorarlberger/innen haben das Volksbegehren gegen TTIP, CETA und TISA unterschrieben. Das wachsende Bewusstsein und die kritische Haltung der Bevölkerung gegenüber sogenannten Freihandelsabkommen muss von der Politik zur Kenntnis genommen werden und zu entsprechenden Maßnahmen führen. TiSA ist nicht irgendein internationales Abkommen, weit weg von unserem Alltag. TiSA würde die Welt, in der wir leben – gut leben, massiv verändern, nämlich zum Negativen. Es geht jetzt ums Ganze!

Die yunion \_ Vorarlberg fordert daher den Landtag, die Landesregierung, den Gemeindeverband und die Gemeinden sowie die Vorarlberger Abgeordneten in Nationalrat und Bundesrat auf, sich gemeinsam mit der Gewerkschaftsbewegung engagiert für den Erhalt der hohen Qualität unserer öffentlichen Dienstleistungen und für deren Verbleib in öffentlicher Verwaltung unter demokratischer Kontrolle einzusetzen.

Mit partnerschaftlichen Grüßen

Wolfgang Stoppel  
Landesvorsitzender

Ergeht nachrichtlich an:

die Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung  
die Vorarlberger Abgeordnete des Landtages, National- und Bundesrates  
den Vorarlberger Gemeindeverband  
Alle Vorarlberger Bürgermeisterinnen und Bürgermeister  
Die Vorarlberger Arbeiterkammer  
den ÖGB-Vorarlberg und die Gewerkschaften  
den Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Vorarlbergs  
die Vorarlberger Medien